

# Tonne schiebt Fracking-Frust

„Gesetz des Bundes ist unzureichend“

LEESE ■ „Das Fracking-Gesetz des Bundes ist unzureichend“, erklärt Leeses Bürgermeister und Landtagsabgeordneter Grant Hendrik Tonne (SPD) in einer gestern vorgelegten Pressemitteilung. Er fordert darin „weitergehende Verschärfungen für Leese“.

Anlässlich der Kabinettsbeschlüsse der Bundesregierung zum Gesetzentwurf zum weiteren Umgang mit der Fracking-Technologie erklärt der heimische Landtagsabgeordnete und parlamentarische Geschäftsführer seiner Landtagsfraktion, dass er im Gesetzentwurf Licht und Schatten erkennen könne. „Ich bewerte es zunächst einmal als positiv, dass erstmals ein Gesetzentwurf auf den Tisch gelegt worden ist, der sich um einen Rechtsrahmen bemüht. Das entspricht meiner mittlerweile langjährigen Forderung nach klaren und modernen rechtlichen Rahmenbedingungen“, so Tonne. Auch das grundsätzliche Verbot von Fracking oberhalb von 3000 Metern sei ein Schritt in die richtige Richtung.

„Zu dieser Regelung darf es nicht kommen“

Bedauerlicherweise enthalte der Gesetzentwurf jedoch auch erhebliche Lücken und Hintertüren. Die Bundesregierung habe die Möglichkeit der Forschungsvorhaben in den Gesetzentwurf hineingeschrieben. „Es darf nicht sein, dass durch Forschungsvorhaben der Einstieg in die Gasförderung mittels der unverantwortlichen Fracking-Technologie ermöglicht wird. Wir wollen Fracking nicht, daher müssen wir auch nicht forschen“, so der Landtagsabgeordnete.

Als völlig inakzeptabel bewertet Tonne jedoch die Idee, Fracking oberhalb von 3000 Metern in ein paar Jahren durch eine Kommission bewerten zu lassen. Zunächst plane der Bund ein

Verbot von Fracking oberhalb von 3000 Metern und lediglich ein paar Forschungs-Vorhaben. Nach Abschluss dieser Projekte solle dann zukünftig (möglicherweise ab 2018) eine Kommission über weitergehende Fracking-Vorhaben entscheiden. „Zu dieser Regelung darf es nicht kommen, zumal die Zusammen-

keine Experimente, es gibt keine faulen Kompromisse, es gibt ein klares Verbot der Fracking-Vorhaben auch und insbesondere in Leese“, erläuterte Tonne seine Position.

Tonne dankte in diesem Zusammenhang den Bürgerinitiativen für ihren engagierten Einsatz gegen Fracking.



SPD-Landtagsabgeordneter und Leese-Bürgermeister Grant Hendrik Tonne mit Wirtschaftsminister Olaf Lies (r.). Er hatte erklärt, dass es in Leese nicht zur Gasförderung durch Fracking komme.

setzung der Kommission im Wesentlichen durch Lobby-Vertreter erfolgen soll. Hier muss ein Stoppschild gesetzt werden“, fordert Tonne.

Auch seien die Regelungen zum Umgang mit dem Lagerstättenwasser unzureichend. „Fracking bedroht mittelbar und unmittelbar die Grundwasservorräte, die Böden und schadet dem Klima, es bedroht Mensch, Tier und Umwelt. Es ist eine Fossil-Technologie von gestern und konterkariert die Energiewende. Wir können auf Fracking selbst aus wirtschaftlichen Erwägungen komplett verzichten. Ich wünschte mir, dass der Bundestag das Fracking-Verbot konsequent beschließt“, so Tonne. „Leese hat sich zur frackingfreien Gemeinde erklärt und sich damit gegen diese Technik in ihrer Region ausgesprochen. Die Bundesregierung muss die Sorgen und Proteste der Bürger ernstnehmen und Fracking verbieten“, fordert der Leese Bürgermeister.

Tonne kündigte an, dass er sich sowohl an die Bundes- wie auch an die Landesregierung in Niedersachsen wenden und auch das Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Matthias Miersch (SPD) suchen werde. „Offensichtlich ist der ursprünglich viel schärfere Gesetzentwurf von Umweltministerin Barbara Hendricks insbesondere auf Betreiben des Bundeskanzleramtes durchlöchert worden.“ Auch die Äußerungen aus dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium seien diesbezüglich nicht klar genug, erklärte der Abgeordnete.

Wirtschaftsminister Olaf Lies habe im vergangenen Jahr in Leese ausdrücklich klargestellt, dass es hier keine Gasförderung mittels Fracking geben werde. Daran werde er auch gemessen. „Die Menschen in unserer Region erwarten ein klares Signal und dieses Signal kann nur heißen: Es gibt

Grant Hendrik Tonne, MdL  
Pressedokumentation  
Kreiszeitung – Landkreis Nienburg  
18.04.2015

